

Wahlprüfstein NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.

Thema 1: Naturschutzfinanzierung

Im Naturschutz gibt es eine Finanzierungslücke von mind. 2 Mrd. € pro Jahr. Unterstützen Sie die Verstärkung des Aktionsprogramms ANK, eine neue Gemeinschaftsaufgabe mit starker Naturschutzkomponente sowie ein eigenständiges EU-Finanzierungsinstrument zur Schließung dieser Lücke?

Die SPD wird sich auch künftig für eine auskömmliche und bedarfsgerechte Naturschutzfinanzierung einsetzen. Dabei spielt auch das ANK-Programm eine zentrale Rolle, dessen Finanzierung sich bei den Verhandlungen über den KTF klären wird.

Thema 2: Naturschutz & Wiederherstellung

Bekennen Sie sich zum bestehenden EU-Rechtrahmen für den Natur- und Artenschutz sowie zu einer ambitionierten Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Vollzugsdefizite abzubauen und effiziente Ökosystemwiederherstellung zu ermöglichen?

Wir haben im europäischen Parlament für die EU-Wiederherstellungsverordnung gekämpft und geschlossen dafür gestimmt. Die FFH- und Vogelschutz-Richtlinie halten wir für wichtige Instrumente für den europäischen Natur- und Artenschutz, bei denen wir aber auch Reformbedarf sehen. Um Natur und Ökosysteme im Einklang mit europäischen und internationalen Verpflichtungen zu schützen, braucht es effektive Maßnahmen in bestehenden Schutzgebieten und die Vernetzung ökologisch wertvoller Flächen. Dazu haben wir in der letzten Legislaturperiode das Artenhilfsprogramm, das Aktionsprogramm Natürlicher Klimschutz und den Naturschutzfonds aufgebaut und unterstützt. Diese Programme wollen wir fortführen.

Thema 3: Schutzgebietsziele

Wie werden Sie die Erreichung der EU-Schutzgebietsziele (30% bis 2030, davon ein Drittel strikt geschützt) beschleunigen und sicherstellen? Werden Sie auch die marine Raumplanung in der AWZ und im Küstenmeer der Nord- und Ostsee auf Grundlage des Ökosystemansatzes fortschreiben?

Wir bekennen uns zu den europäischen und internationalen Naturschutzverpflichtungen. Um die Schutzgebietsziele zu erreichen, braucht es effektive Maßnahmen in bestehenden Schutzgebieten und die Vernetzung ökologischer Flächen. Deshalb brauchen wir eine Flächenplanung, die ein konfliktfreies Miteinander von Naturschutz und den verschiedenen Nutzungen ermöglicht.

Thema 4: Agrarpolitik

Setzen Sie sich dafür ein, dass sämtliche Fördermittel der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik auf die einkommenswirksame Honorierung klar definierter Gemeinwohleleistungen der Landwirtschaft ausgerichtet und die Budgets der Öko-Regelungen sowie der Agrarumweltmaßnahmen weiter deutlich angehoben werden?

Wir bekennen uns zum schrittweisen Umbau der GAP mit dem Ziel einer vollständigen Ablösung der flächengebundenen Direktzahlungen. Der in der aktuellen Förderperiode mit den Ökoregelungen beschrittene Weg eines Ausgleichs für freiwillig erbrachte Leistungen für Umwelt und Klima muss konsequent im Sinne einer einkommenswirksamen Honorierung ausgebaut und um weitere öffentliche Güter (wie etwa Tierwohl) ergänzt werden.

Thema 5: Tierschutz & Umbau der Tierhaltung

Welche Maßnahmen planen Sie, um den Tierschutz in der Nutztierhaltung zu verbessern und den Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung konsequent anzugehen und finanziell abzusichern?

Mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung ist nicht nur im Sinne der Tiere, sondern es ist auch eine Chance für die zukunftsgerechte Weiterentwicklung der Landwirtschaftsbetriebe. Daher setzt sich die SPD für das Beenden von nichtkurativen Eingriffen, das Verbot von Tiertransporten in Drittstaaten und für Kontrollmöglichkeiten und Kennzeichnung von toten Tieren in VTN-Anlagen ein. Zentral wird für uns aber die Weiterentwicklung der Tierhaltungskennzeichnung für alle Nutztierarten sein – verbunden mit Anreizen für den tierwohlgerechten Umbau. Da tierwohlgerechtere Haltungsformen ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sind, sollte auch die Finanzierung gesamtgesellschaftlich getragen werden.

Thema 6: Kreislaufwirtschaft

Werden Sie die Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie zu einem Kernprojekt der neuen Regierung im Interesse der Ressourcenschonung machen und sich für verbindliche Ressourcenschutz-Ziele einsetzen, um den Verbrauch von Primärrohstoffen deutlich zu senken?

Angesichts planetarer Grenzen, steigender Rohstoffbedarfe und Abhängigkeiten vom Welthandel und Rohstoffimporten, ist die Transformation der linearen zur Kreislaufwirtschaft unabdingbar. Die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie wollen wir pragmatisch umsetzen, zum Beispiel mit Absatzmärkten für umweltschonend recycelte Rohstoffe und effizienterem Materialeinsatz. Nur 13 Prozent der in Deutschland eingesetzten Rohstoffe sind derzeit Sekundärrohstoffe. Dies gilt es, zu steigern. Wir brauchen einen wirksamen Mix von Maßnahmen, die verschiedene Querschnittsbereiche adressieren und die Akteure wie Hersteller von Grundstoffen, Produktdesigner, Handel und Konsument:innen aber auch Entsorger und Recyclingunternehmen einbinden.

Thema 7: PFAS

Die Belastung von Umwelt und Menschen durch die „Ewigkeitschemikalien“ PFAS hat kritische Ausmaße erreicht und nimmt stetig zu. Werden Sie sich für die Umsetzung des Vorschlags zur universellen Beschränkung der gesamten PFAS-Gruppe auf EU-Ebene einsetzen?

PFAS werden seit Jahrzehnten vielfältig verwendet und wir wissen, dass sie auch in die Umwelt emittieren. Die Folgen, die das auf die Umwelt sowie auf die menschliche und tierische Gesundheit hat, sind nicht abschließend geklärt. Die SPD will sich daher für eine entsprechende Aufnahme im EU-Beschränkungs-vorschlag einsetzen. Wo der Einsatz von Alternativen bereits heute oder in Zukunft möglich ist, sollen PFAS ersetzt werden. Solange geeignete (PFAS-freie) Alternativen allerdings noch fehlen, braucht es geeignete Übergangsfristen und gezielte Ausnahmen. Pauschale, undifferenzierte Verbote lehnen wir ab.

Thema 8: Stärkung der Zivilgesellschaft & des Ehrenamtes

Der Staat trägt Verantwortung, dass Zivilgesellschaft gestalten und sich entfalten kann. Setzen Sie sich ein für die Vereinfachung des Förderrechts, mehr Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht, die Erhaltung von Verbandsklagerechten sowie erleichterten Zugang zum Freiwilligendienst?

Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer Demokratie. Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir die Grundlage, zivilgesellschaftliche Initiativen, nachhaltig zu unterstützen. Wir wollen bürokratische Hürden abbauen und das Gemeinnützigkeitsrecht modernisieren. Wir fördern die Beteiligung der Menschen vor Ort durch Bürgerforen, digitale Plattformen und Partizipationsprojekte, beispielsweise durch das Ermöglichen von kommunalen

Entwicklungsbeiräten, in denen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Empfehlungen für langfristige Entscheidungen erarbeiten. Wir wollen die Finanzierung der Freiwilligendienste auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung weiterentwickeln. Das Taschengeld soll so ausgestaltet werden, dass auch Jugendliche aus einkommensärmeren Haushalten sich für einen Freiwilligendienst entscheiden können.